

# EZB erhöht die Zinsen – und macht Geopolitik zur Inflationsvariable

Ute Pappelbaum

**Die Europäische Zentralbank hat ihre drei Leitzinsen um jeweils 25 Basispunkte angehoben. Der Einlagensatz steigt damit auf 2,25 Prozent. Auslöser ist nicht eine überhitzte Binnenkonjunktur, sondern der Krieg im Nahen Osten. Die EZB reagiert auf steigende Energiepreise und die Gefahr, dass sich daraus ein neuer Inflationsschub entwickelt.**

## Die Inflation kommt von außen, die Kosten entstehen innen

Die neuen Projektionen der EZB zeigen ein ungewöhnliches Muster. Die Inflation wird nach oben korrigiert, während die Wachstumserwartungen sinken. Für 2026 erwartet die Notenbank eine Teuerungsrate von drei Prozent, zugleich aber lediglich ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent.

Damit verschiebt sich die wirtschaftspolitische Herausforderung. Höhere Zinsen können die Ursache des Problems nicht beseitigen. Sie können weder Öl fördern noch Handelsrouten sichern. Die Wirkung entfaltet sich an anderer Stelle: bei Kreditkosten, Investitionen und Nachfrage.

Die EZB versucht deshalb nicht, den Energiepreisschock selbst zu bekämpfen. Sie versucht zu verhindern, dass Unternehmen und Haushalte dauerhaft mit höheren Preissteigerungen rechnen. Denn aus Erwartungen entstehen Preisforderungen, aus Preisforderungen entstehen

Lohnanpassungen, und aus Lohnanpassungen kann eine neue Inflationsdynamik entstehen.

## Die Notenbank verteidigt ihre Glaubwürdigkeit

Für die EZB steht deshalb weniger die aktuelle Inflationsrate im Mittelpunkt als die Frage, ob ihr Inflationsziel von zwei Prozent weiterhin als glaubwürdig wahrgenommen wird.

Genau darin liegt die eigentliche Funktion der Zinserhöhung. Sie signalisiert den Finanzmärkten, Tarifparteien und Unternehmen, dass die Notenbank auch bei geopolitisch verursachten Preissteigerungen nicht bereit ist, dauerhaft höhere Inflationsraten zu akzeptieren.

Dieser Kurs ist jedoch nicht kostenfrei. Je höher die Finanzierungskosten, desto schwieriger werden Investitionen. Besonders betroffen sind kapitalintensive Branchen, die bereits unter steigenden Energie- und Rohstoffkosten leiden.

Die Geldpolitik stabilisiert damit Erwartungen, belastet aber gleichzeitig die reale Wirtschaft.

## Der Krieg verändert die Mechanik der Geldpolitik

Bemerkenswert ist die Sprache der EZB. Erstmals wird die Zinsentscheidung ausdrücklich mit unterschiedlichen Kriegsszenarien begründet. Die Notenbank beschreibt ihre Entscheidung als robust gegenüber einer Bandbreite möglicher Entwicklungen.

Das verweist auf einen tiefgehenden Wandel. Geldpolitik orientiert sich traditionell an Größen wie Nachfrage, Löhnen, Produktivität und Kreditentwicklung. Nun treten geopolitische Risiken als eigenständige Einflussgröße hinzu.

Für Unternehmen bedeutet das eine neue Planungsrealität. Investitionsentscheidungen hängen künftig nicht nur von Konjunkturprognosen oder Finanzierungskosten ab. Sie werden stärker von politischen Risiken beeinflusst, die außerhalb des eigentlichen Wirtschaftsraums entstehen, aber unmittelbar auf Preise und Zinsen wirken.

## Aus der Energiefrage wird eine Stabilitätsfrage

Die Zinserhöhung ist deshalb mehr als eine technische Anpassung um 25 Basispunkte. Sie dokumentiert den Versuch der EZB, ein Inflationsziel unter Bedingungen wachsender geopolitischer Unsicherheit zu verteidigen.

Der eigentliche Konflikt besteht darin, dass Europa gleichzeitig höhere Verteidigungsausgaben, neue Infrastrukturinvestitionen und den Umbau seiner Energieversorgung finanzieren muss. All diese Vorhaben benötigen Kapital. Höhere Zinsen verteuern genau dieses Kapital.

Damit wird die Geldpolitik zunehmend Teil eines größeren Zielkonflikts. Einerseits soll sie Preisstabilität sichern. Andererseits darf sie die Investitionen nicht abwürgen, die langfristig für wirtschaftliche Resilienz sorgen sollen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950323/ezb-zinsen-nahostkrieg-geldpolitik-inflation-2026/>